

Unterausschuss „Prüfung der Haushaltsrechnungen“ des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

(14. - nicht öffentliche - Sitzung am 10. September 2020)

Beratungsthemen:

1. Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2018

Antrag der Landesregierung - [Drs. 18/5400](#) neu

dazu:

Jahresbericht des Niedersächsischen Landesrechnungshofs 2020 zur Haushalts- und Wirtschaftsführung - Bemerkungen und Denkschrift zur Haushaltsrechnung des Landes Niedersachsen für das Haushaltsjahr 2018 - (Teil 2)

Unterrichtung durch den Niedersächsischen Landesrechnungshof - [Drs. 18/7220](#)

Der Unterausschuss behandelte folgende Punkte in Teil 2 des Jahresberichts:

Abschnitt III. Bemerkungen und Denkschrift

1. Umgang des Landes mit Pilotprojekten bei Baumaßnahmen
2. Arbeitszeit und Überstunden bei der Polizei
3. Arbeitszeiterfassungssysteme in der Polizei
4. Verpflegung von Gefangenen – Nachbesserungen in Konzeption erforderlich
5. European Medical School: Beträchtliche Risiken bei übereiltem Ausbau
6. Defizite und Mängel im Beteiligungsmanagement Universitätsmedizin Göttingen
7. Misslungene Hochschulkooperation
8. Patentverwertungsgesellschaft der Stiftung Göttingen
9. Hanse-Wissenschaftskolleg: Rechtsform auf den Prüfstand
10. Verwendungsnachweise von Stiftungshochschulen blieben ungeprüft
11. Abordnung von Lehrkräften für außerschulische Zwecke
12. Niedersächsische Internatsgymnasien – gute Schulen, falscher Schulträger
13. Inklusionsfolgekostengesetz ohne Empfehlungen für den inklusiven Schulbau?
14. 59 Mio. € Fördermittel für nichtbundeseigene Schienenstrecken – Transport-volumen spielt keine Rolle
15. Land begünstigt großen Konzern beim Bau einer beweglichen Verladerampe
16. Verbraucherschutz effektiv steuern
17. Ernährungszentrum – Beraterbeistand ohne Mehrwert
18. Die Abwasserabgabe - (k)ein Instrument zur nachhaltigen Steuerung der Gewässerqualität?

2. Sofern erforderlich abschließende Beratung von zurückgestellten Jahresberichtsbeiträge aus der 13. Sitzung am 3. September 2020

Dieser Punkt entfiel, da der Unterausschuss keine Beiträge zurückgestellt hatte.

3. **Beschlussfassung über den Bericht des Unterausschusses an den Ausschuss für Haushalt und Finanzen**

Der Unterausschuss verabschiedete seinen Bericht an den Ausschuss für Haushalt und Finanzen und empfahl diesem folgenden Beschluss:

- „1. *Der Landesregierung, der Präsidentin des Landtages, dem Präsidenten des Staatsgerichtshofs und der Beauftragten für den Datenschutz wird gemäß § 114 der Landeshaushaltsordnung Entlastung für das Haushaltsjahr 2018 erteilt.*
2. *Der Landtag billigt gemäß § 37 Abs. 4 der Landeshaushaltsordnung nachträglich die geleisteten über- und außerplanmäßigen Ausgaben des Haushaltsjahres 2018.*
3. *Die Bemerkungen und die Denkschrift des Landesrechnungshofs zur Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2018 werden, soweit sich aus dem anliegenden Bericht des Ausschusses für Haushalt und Finanzen nicht etwas anderes ergibt, für erledigt erklärt.*
4. *Die Landesregierung wird aufgefordert, die Feststellungen und Bemerkungen im anliegenden Bericht des Ausschusses für Haushalt und Finanzen zu beachten und dem Landtag bis zu den in den Beiträgen angegebenen Terminen zu berichten.“*

Ergebnis der Abstimmung zu den Nrn. 1 bis 3:

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, FDP, AfD

Ablehnung: -

Enthaltung: -

Ergebnis der Abstimmung zu Nr. 4:

Zustimmung: SPD, CDU

Ablehnung: -

Enthaltung: GRÜNE, FDP, AfD